

# Ethikmonitor

Prof. Dr. Joachim Behnke  
Universität Bamberg  
[joachim.behnke@sowi.uni-bamberg.de](mailto:joachim.behnke@sowi.uni-bamberg.de)  
0179-4850172

## Die politische Vertrauenskrise

Die folgenden Aussagen beruhen auf Ergebnissen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die von EMNID im Auftrag der Stiftung „Wertevolle Zukunft“ durchgeführt und von einem Forscherteam der Universität Bamberg wissenschaftlich betreut wurde. Die Untersuchung erfolgte im Zeitraum von Ende April bis Ende Mai 2006, befragt wurden insgesamt 1003 Personen.

Ohne Zweifel kann als Ausgangspunkt jeglicher genauerer Untersuchung eine gravierende Vertrauenskrise der Bürger in die politischen Institutionen, insbesondere Bundesregierung und Bundestag, konstatiert werden. Nur ungefähr 14 Prozent der Befragten äußerten, sie hätten Vertrauen zur Bundesregierung bzw. zum Bundestag. Die staatlichen Institutionen, denen noch am meisten Vertrauen entgegen gebracht wird, stellten die Polizei mit 56 und die Gerichte mit 44 Prozent dar. Von insgesamt 17 abgefragten Institutionen und Gruppen genossen nur noch „Fremde, denen man das erste Mal begegnet“ und „große Wirtschaftsunternehmen“ weniger Vertrauen bei der Bevölkerung als Bundestag und Bundesregierung.

Tabelle 1: Anteil in Prozent der Befragten, die Vertrauen haben zu ...

	N	Anteil in Prozent
Ihrer eigenen Familie	985	93,97
Ihren Freunden	985	90,03
Ihren Nachbarn	982	56,74
Ihren Arbeitskollegen	765	56,46
der Polizei	982	55,64
den Gerichten	980	43,86
den mittelständischen Unternehmen	965	43,44
den Schulen und dem Bildungswesen	976	35,90
den Kirchen	971	29,91
den Behörden	984	22,08
den Gewerkschaften	965	20,55
dem Zeitungswesen	977	18,73
dem Bundestag	977	14,27
der Bundesregierung	980	13,74
der Europäischen Union	969	13,67
den großen Wirtschaftsunternehmen	978	11,21
Fremden, denen Sie das erste Mal begegnen	968	8,60

Das Vertrauen gegenüber der Europäischen Union lag ungefähr auf demselben Niveau wie das für Bundesregierung und Bundestag. Angesichts der bekannten Europaskepsis der Bevölkerung ein nicht gerade optimistisch stimmendes Ergebnis. Dieser Vertrauensverlust spiegelt nicht nur einfach Erscheinungen wider, die mit den Schlagworten „Politikverdrossenheit“ oder „Politikerverdrossenheit“ belegt werden mögen, sondern nag im durchaus wörtlich zu nehmenden Sinn an den Grundfesten

der Demokratie. Wenn die Bevölkerung die von ihm selbst gewählten Repräsentanten nicht mehr als vertrauenswürdig ansieht, dann empfindet sie sich auch nicht mehr als den eigentlichen Souverän. Damit aber wird die grundsätzliche Legitimation des politischen Handelns in Frage gestellt. Wenn die Bürger sich nur noch als ohnmächtig gegenüber den Staat ansehen und nicht mehr den Eindruck haben, dass sie sich selbst regieren, wenn auch nur indirekt, dann kann streng genommen auch nicht mehr von einer Demokratie gesprochen werden, zumindest reduziert sich dann die Praxis der „Demokratie“ auf formale Kriterien der Entscheidungsfindung und es existiert weder eine gelebte noch eine empfundene Demokratie. Diese Problematik des empfundenen Souveränitätsverlusts war in Bezug auf Europa schon immer vorhanden und bekannt, gerade daher muss es nachdenklich stimmen, wenn die eigene nationale Regierung nun in Bezug auf Vertrauenswürdigkeit mit Europa gleichgestellt wird.

Ein weiteres Indiz des schlechten Images der Politik kann darin gesehen werden, dass „Politiker“ und „Parteien“ von fünf gesellschaftlichen Gruppierungen („Politiker“, „Parteien“, „Wirtschaftsführer“, „Arbeitgeberverbände“, „Gewerkschaften“) am schlechtesten bewertet werden. Dabei konnten die Befragten die Gruppierungen auf einer Skala von 1 bis 11 bewerten, wobei der Wert „1“ bedeutete, dass man „überhaupt nichts“ von dieser Gruppe hielt, „11“ bedeutete, dass man „sehr viel“ von dieser Gruppe hielt. Die Gruppe der Politiker lag dabei mit einer durchschnittlichen Bewertung von 3,5 Punkten deutlich hinter allen anderen Gruppierungen. Bemerkenswert ist, dass die „Parteien“ eine etwas bessere Bewertung erhielten. Die Wirtschaftsverbände beider Seiten, also Gewerkschaften wie auch Arbeitgeberverbände wurden weit besser beurteilt als die Politiker oder die Parteien. Dies ist insofern hervorhebenswert, weil die Wirtschaftsverbände die Bevölkerung in wesentlich stärkerem Maße polarisieren. D.h. die Bewertungen von Arbeitgebern und Gewerkschaften streuen wesentlich stärker bei den Befragten als dies bei Politikern und Parteien der Fall ist. Diese werden also zwar deutlich homogener beurteilt, aber unglücklicherweise besteht diese Homogenität eben darin, dass die Politiker und Parteien von allen mehr oder weniger einheitlich auf einem sehr niedrigen Niveau bewertet werden.

Tabelle 2: Durchschnittliche Bewertung verschiedener Institutionen auf einer Skala von 1 bis 11.

	N	Mittelwert
die Gewerkschaften	975	4,80
die Arbeitgeberverbände	956	4,21
die Wirtschaftsführer	976	4,19
die Parteien	983	3,72
die Politiker	983	3,53

Ein viel versprechender, bisher aber wenig verfolgter Ansatz der Erklärung dieses Vertrauensdefizits besteht in der Untersuchung der Werteeinstellungen der Bevölkerung. Hierzu konnten die Befragten in der Umfrage auf 9 vorgegebene Werte insgesamt 30 so genannte Wichtigkeitspunkte verteilen. Auf diese Weise war es ihnen möglich ausdrücken, wie wichtig ihnen die jeweiligen Werte waren. Die neun Werte waren „Fairness“, „Verantwortung für andere“, „Pflichtbewusstsein“, „Ehrlichkeit“, „Respekt vor anderen, damit meinen wir Achtung vor anderen“, „Anstand, damit meinen wir Manieren/Umgangsformen“, „Verantwortung für das eigene Handeln“,

„Mitgefühl“ und „Courage, damit meinen wir z.B. den Mut einzugreifen“. Die Auswahl vorgegebener Werte in einer Umfrage ist zwangsläufig immer auch Ermessenssache, wir legten bei unserer Auswahl den Fokus auf Werte, die sich auf das soziale Zusammenleben beziehen, also auf das Verhalten anderen Menschen der Gemeinschaft gegenüber. (Der ansonsten natürlich sehr zentrale Wert der Freiheit fehlt daher z.B. neben anderen für ein Individuum persönlich sicherlich nicht unerhebliche Werte.) Die Ergebnisse ergaben eine sehr eindeutige Rangfolge der persönlichen Wichtigkeit dieser Werte für die Befragten. Der mit Abstand als am wichtigsten empfundene Wert war die „Ehrlichkeit“, die durchschnittlich 4,44 Wichtigkeitspunkte verliehen bekam. Am zweitwichtigsten war für die Befragten der Wert der Verantwortung für das eigene Handeln mit durchschnittlich 3,67 Punkten, am dritt wichtigsten war der Wert des Respekts vor anderen. Am wenigsten wichtig wurden Verantwortung für andere und Mitgefühl empfunden.

Tabelle 3: Mittelwerte der Anzahl der Wertepunkte für einzelne Werte

	N	Mittelwert
Ehrlichkeit	993	4,44
Verantwortung für das eigene Handeln	993	3,67
Respekt vor anderen, damit meinen wir Achtung vor anderen	993	3,51
Pflichtbewusstsein	993	3,46
Anstand, damit meinen wir Manieren, Umgangsformen	993	2,88
Fairness	993	3,40
Courage, damit meinen wir z B den Mut einzugreifen	993	3,02
Verantwortung für andere	993	2,82
Mitgefühl	993	2,82

Noch deutlicher wird diese Rangordnung der Werte in der Bevölkerung, wenn man den Anteil berechnet, für den der jeweilige Wert die meisten Wichtigkeitspunkte erhielt bzw. zu den Werten mit den meisten Wichtigkeitspunkten gehörte. Ca. 55 Prozent der Bevölkerung gaben dem Wert der Ehrlichkeit am meisten Wichtigkeitspunkte. Schon deutlich abgeschlagen landete auf Platz 2 die Verantwortung für das eigene Handeln, die allerdings nur noch von etwas weniger als 30 Prozent die meisten Wichtigkeitspunkte erhielt.

Tabelle 4: Anteil, mit dem ein bestimmter Wert die meisten Wichtigkeitspunkte erhalten hat

	N	Anteil in Prozent
Ehrlichkeit	1003	54,79
Verantwortung für das eigene Handeln	1003	28,67
Pflichtbewusstsein	1003	26,31
Respekt vor anderen, damit meinen wir Achtung vor anderen	1003	24,94
Fairness	1003	21,03
Courage, damit meinen wir z B den Mut einzugreifen	1003	16,26
Anstand, damit meinen wir Manieren, Umgangsformen	1003	12,51
Verantwortung für andere	1003	11,46
Mitgefühl	1003	9,21

Interessant ist ein Vergleich der so erhaltenen Wertestruktur mit der anderer Bezugsgruppen. Als solche Referenzgruppen wurden in der Befragung die „anderen Leute“, die Leitung des Unternehmens, in dem man beschäftigt ist und die „Politiker im Allgemeinen“ abgefragt. Hier konnten die Befragten jeweils für die neun Werte auf einer Skala von 1 bis 7 angeben, für wie wichtig ihrer Meinung nach die entsprechenden Werte von den Politikern angesehen wurden. Dabei ließen sich insbesondere zur Referenzgruppe der Politiker gravierende Unterschiede zur Wertestruktur der Bevölkerung feststellen. Die wahrgenommene Wertestruktur der Politiker sah nämlich folgendermaßen aus:

Tabelle 5: Mittelwerte der wahrgenommenen Wichtigkeit der Werte in Bezug auf Politiker

	N	Mittelwert
Pflichtbewusstsein	985	3,92
Anstand	983	3,84
Verantwortung für andere	985	3,69
Courage	981	3,68
Verantwortung für das eigene Handeln	985	3,65
Respekt vor anderen	981	3,63
Fairness	985	3,22
Mitgefühl	984	3,14
Ehrlichkeit	984	3,07

Grundsätzlich liegen die Beurteilungen der einzelnen Werte etwas näher beisammen. Dies liegt daran, dass hier kein Trade-Off wie beim Verteilen der Wichtigkeitspunkte bestand, d.h. eine hohe Bewertung bezüglich eines Wertes schränkt die Bewertungen bezüglich der anderen Werte nicht ein. Dennoch lassen die Ergebnisse an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es kommt nahezu zu einer Umkehrung der Wertestruktur. Insbesondere der für die Bevölkerung wichtigste Wert, die Ehrlichkeit, wird von ihr als der für die Politiker am wenigsten wichtige wahrgenommen. Die Ergebnisse bleiben auch annähernd erhalten, wenn man statt der Mittelwerte die Anteile vergleicht, mit denen jeweils ein Wert als der wichtigste für die Politiker angesehen wurde. 52

Prozent geben dem Pflichtbewusstsein bezüglich ihrer Einschätzung der Politiker den höchsten Wert, aber von nur 28 Prozent wird die Ehrlichkeit für denjenigen Wert gehalten, der aus ihrer Sicht von den neun Werten bei den Politikern die höchste Wichtigkeit besitzt. Auch die beiden anderen Werte, die für die Bevölkerung selbst noch vorne rangieren, Verantwortung für das eigene Handeln und Respekt vor anderen Personen, werden von ihnen als Werte angesehen, die in der Wertestruktur der Politiker eine eher untergeordnete Bedeutung haben. (Dies gilt für Respekt noch stärker als für die Verantwortung für andere.)

Tabelle 6: Anteilswerte der höchsten Beurteilung eines Wertes bezüglich Politiker

	N	Anteil in Prozent
Pflichtbewusstsein	987	51,94
Anstand, damit meinen wir Manieren, Umgangsformen	987	49,47
Verantwortung für das eigene Handeln	987	45,23
Courage, damit meinen wir z B den Mut einzugreifen	987	42,60
Verantwortung für andere	987	41,87
Respekt vor anderen, damit meinen wir Achtung vor anderen	987	39,49
Fairness	987	31,87
Mitgefühl	987	28,49
Ehrlichkeit	987	28,38

Die Defizite bezüglich der Wichtigkeit bestimmter Werte lassen sich auch in einer einzigen Zahl für die jeweiligen Gruppen zusammen fassen, diese Zahl könnte man als den Ausdruck des „Wertedefizits“ betrachten. Der Wert des Wertedefizits fällt um so höher aus, um so niedriger die wahrgenommene Wichtigkeit dieses Wertes ausfällt. Dabei wird das auf einen bestimmten Wert bezogene partielle Defizit mit der Anzahl der Wichtigkeitspunkte gewichtet, die dieser Wert jeweils für den Befragten einnahm. Dabei zeigt sich, dass das wahrgenommene Wertedefizit bei den Politikern fast doppelt so hoch ausfällt wie bei dem Unternehmen, in dem man beschäftigt ist, und ungefähr eineinhalb mal so hoch wie das in der Gesellschaft wahrgenommene Wertedefizit.

Tabelle 7: Mittelwerte der Wertedefizite

	N	Mittelwert
Wertedefizit Gesellschaft	984	66,3208
Wertedefizit Unternehmen	820	57,4759
Wertedefizit Politik	982	103,7212

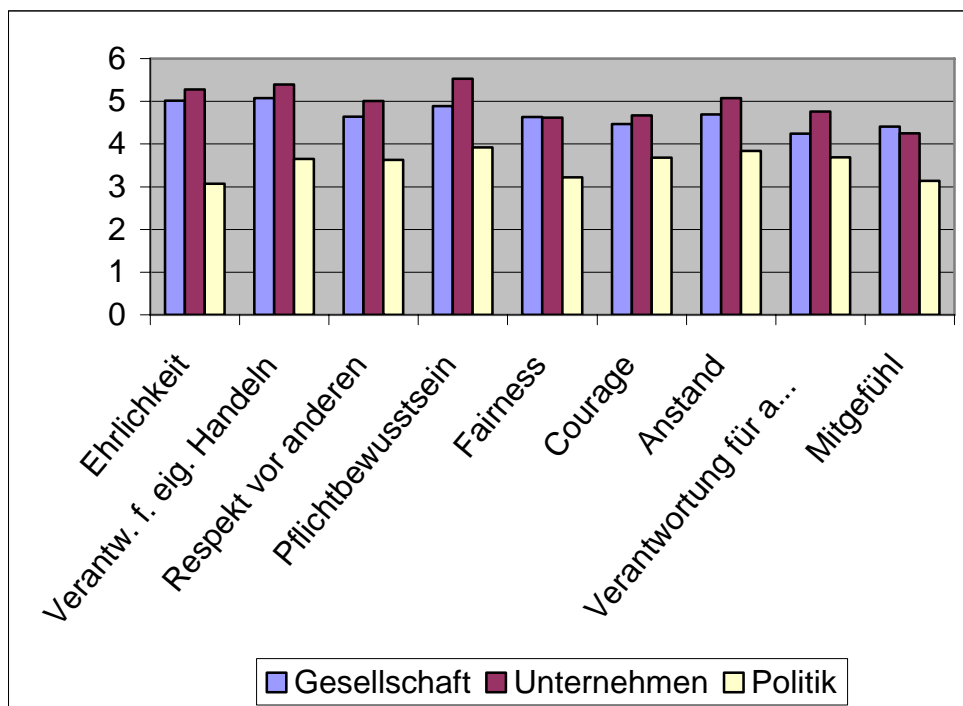
Die folgende Tabelle veranschaulicht das Zustandekommen des Wertedefizits. Dabei ist insbesondere der Vergleich der Politiker mit der Gesellschaft und den Unternehmen von Interesse. Hier zeigt sich zum einen, dass die wahrgenommene Wichtigkeit der Werte bei den Politikern bei allen Werten deutlich unter der bezüglich Gesellschaft und Unternehmen ist. Also auch bei den „wichtigsten“ Werten der Politiker wie „Pflichtbewusstsein“, „Anstand“ und „Verantwortung für andere“ ergibt sich immer noch eine wesentlich niedrigere Einschätzung der wahrgenommenen Wichtigkeit der Politiker als bei Unternehmen und Gesellschaft. Gravierender noch aber ist der

Umstand, dass gerade dort die größten Unterschiede auftreten, d.h. die Politiker im Vergleich mit den anderen beiden Bezugsgruppen am schlechtesten abschneiden, wo die von den Befragten empfundene persönliche Wichtigkeit der Werte am höchsten ausfällt, also insbesondere eben bei „Ehrlichkeit“ und „Verantwortung für das eigene Handeln“.

Tabelle 8: Vergleich der Mittelwerte der wahrgenommenen Wichtigkeit der Werte über die verschiedenen Gruppen und mit der Wichtigkeiten für die Befragten selbst

	Gesellschaft	Unternehmen	Politik	Eigene Wichtigkeit
Ehrlichkeit	5,02	5,28	3,07	4,44
Verantwortung für das eigene Handeln	5,08	5,39	3,65	3,67
Respekt vor anderen	4,64	5,01	3,63	3,51
Pflichtbewusstsein	4,89	5,53	3,92	3,46
Fairness	4,63	4,62	3,22	3,40
Courage	4,47	4,67	3,68	3,02
Anstand	4,69	5,08	3,84	2,88
Verantwortung für andere	4,24	4,76	3,69	2,82
Mitgefühl	4,41	4,25	3,14	2,82

Abbildung 1: Vergleich der Mittelwerte der wahrgenommenen Wichtigkeit der Werte über die verschiedenen Gruppen

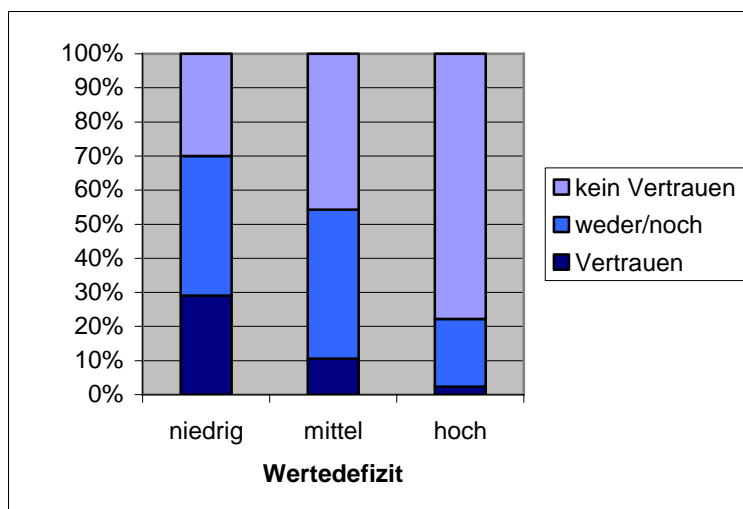


Der anfangs vermutete Zusammenhang zwischen Wertedefizit und Vertrauen in politische Institutionen lässt sich nun auch belegen. Für diese Untersuchung wurden die Befragten anhand der Ausprägung ihres Wertedefizits in etwa drei große Gruppen mit einem „niedrigen“, einem „mittleren“ und „hohem“ Wertedefizit unterteilt. Je größer der Wertedefizit, desto niedriger fiel das Vertrauen in die Bundesregierung aus. Während in der Gruppe, die nur ein niedriges Wertedefizit bei der Politik wahrnahmen, immerhin 29 Prozent (gegenüber 14 Prozent in der Gesamtbevölkerung) der Bundesregierung Vertrauen entgegenbrachten, fiel dieser Wert auf ca. 10 Prozent in der Gruppe, die ein mittleres Wertedefizit bei den Politikern konstatierte, und auf dramatische 2 Prozent in der Gruppe, die ein hohes Wertedefizit bei den Politikern wahrnahm.

Tabelle 9: Der Einfluss des wahrgenommenen Wertedefizits auf das Vertrauen in die Bundesregierung

Vertrauen zur Bundesregierung	Wertedefizit Politik			Gesamt
	niedrig	mittel	hoch	
kein Vertrauen	30,0%	45,7%	77,8%	51,7%
weder/noch	41,0%	43,8%	19,8%	34,6%
Vertrauen	29,0%	10,5%	2,4%	13,7%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Absolute Anzahl	317	324	338	979

Abbildung 2: Der Einfluss des wahrgenommenen Wertedefizits auf das Vertrauen in die Bundesregierung



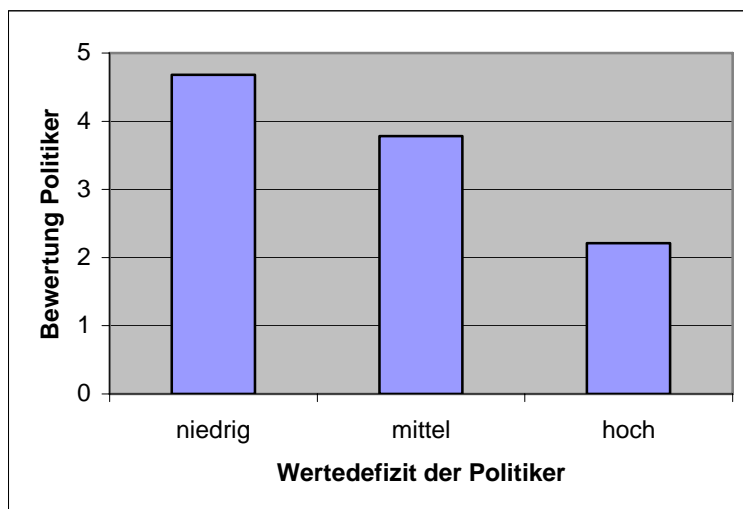
Interessant ist, dass auch der Anteil derjenigen, die explizit kein Vertrauen in die Bundesregierung hatten, in dieser Gruppe schlagartig zunahm, d.h. der Anteil

derjenigen, die sich in der Vertrauensfrage nicht eindeutig für eine bestimmte Richtung festlegen wollten, nahm in dieser Gruppe rapide ab. Ganz analog lässt sich auch ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Bewertung der Politiker und ihrem wahrgenommenen Wertedefizit feststellen. Während diejenigen der Befragten, die nur einen niedrigen Wertedefizit wahrnahmen, die Politiker mit durchschnittlich 4,7 Skalenpunkten bewerteten, sinkt dieser Wert mit zunehmenden Wertedefizit und erreicht in der Gruppe derjenigen, die ein hohes Wertedefizit sehen, nur noch einen mittleren Skalenwert von 2,2 Punkten.

Tabelle 10: Bewertung der Politiker in Abhängigkeit vom wahrgenommenen Wertedefizit

Wertedefizit Politik	Mittelwert der Bewertung der Politiker	N
niedrig	4,68	320
mittel	3,78	322
hoch	2,21	341

Abbildung 3: Bewertung der Politiker in Abhängigkeit vom wahrgenommenen Wertedefizit



Wenn die Politiker nicht mehr als vertrauenswürdig angesehen werden, unter anderem, weil ihr Wertesystem nicht mit dem der Bürger übereinstimmt, so ist es nahe liegend zu vermuten, dass das wahrgenommene Wertedefizit auch die Wahrnehmung der Fähigkeit der Politik, Lösungen für bestimmte Probleme anzubieten, beeinflusst. Doch je weniger man sich von der Politik noch erwartet, desto irrelevanter wird es, wer regiert. Die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, nimmt ab, je höher das wahrgenommene Wertedefizit der Politiker ausfällt. Während ca. 10 Prozent bei denjenigen, die nur einen niedrigen Wertedefizit bei den Politikern feststellen, antworten, dass sie „auf keinen Fall“ bzw. „wahrscheinlich nicht“ zur Wahl gehen würden, steigt dieser Anteil auf ca. 20 Prozent, also auf das Doppelte, in der Gruppe

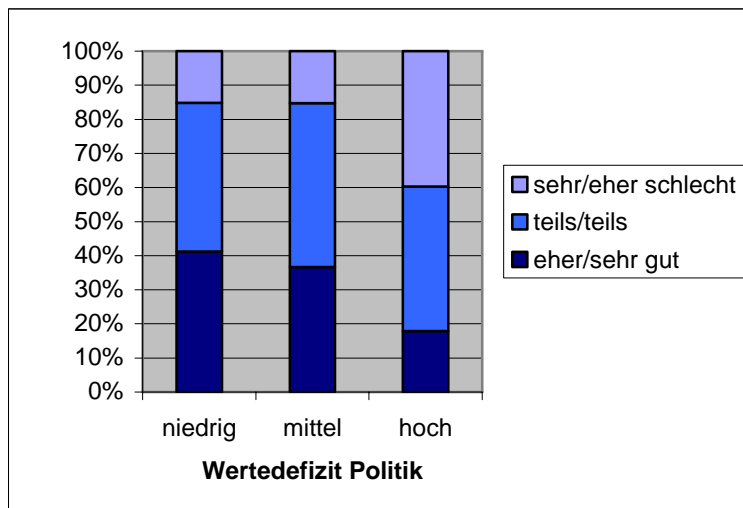


derjenigen zu, die ein hohes Wertedefizit der Politiker sehen. Sieht man sinkende Wahlbeteiligungen als Anzeichen von Demokratieverdrossenheit, dann gefährdet das wahrgenommene Wertedefizit der Politiker offensichtlich auch den Glauben an die Demokratie. In der Tat bestätigt sich diese Vermutung auch anhand einer anderen Frage. Auf die Frage „Wie gut oder schlecht funktioniert ihrer Meinung nach die Demokratie in Deutschland“ gaben von allen Befragten ungefähr ein Viertel die Antwort „sehr schlecht“ oder „eher schlecht“. Unter denjenigen, die ein hohes Wertedefizit der Politiker wahrnahmen, betrug dieser Anteil jedoch fast 40 Prozent, gegenüber 15 Prozent in der Gruppe, die nur ein niedriges Wertedefizit der Politiker erkennen konnten.

Tabelle 11: Anteil der Befragten, der glaubt, dass die Demokratie funktioniert, in Abhängigkeit vom Wertedefizit

Die Demokratie funktioniert ...	Wertedefizit Politik			Gesamt
	niedrig	mittel	hoch	
sehr/eher schlecht	15,1%	15,2%	39,7%	23,7%
teils/teils	43,7%	48,1%	42,4%	44,7%
eher/sehr gut	41,2%	36,6%	17,9%	31,6%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Gesamt	311	322	335	968

Abbildung 4: Anteil der Befragten, der glaubt, dass die Demokratie funktioniert, in Abhängigkeit vom Wertedefizit



Wenn die Vertrauenskrise einmal besteht, so stellt sich getreu dem Lenin'schen Diktum „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ natürlich die Frage, inwieweit sich die Vertrauenskrise in Forderungen nach mehr politischer Transparenz niederschlägt. In der Tat lässt sich hier ein signifikanter positiver Zusammenhang nachweisen.

Tabelle 12: Anteil der Befürworter bestimmter transparenzfördernder Maßnahmen in Abhängigkeit vom Vertrauen in die Bundesregierung

Transparenzfördernde Maßnahme	Vertrauen in die Bundesregierung		
	kein Vertrauen	weder/noch	Vertrauen
Alle Politiker sollten verpflichtet sein, sämtliche Einkommensquellen offen zu legen.	81,1%	63,4%	62,3%
Alle Abstimmungen im Bundestag sollten offen sein, so dass man bei jedem Abgeordneten weiß, wofür er gestimmt hat.	58,4%	44,6%	40,0%
Spitzenpolitiker sollten nach ihrem Ausscheiden aus der Politik keine wichtigen Ämter in dem Wirtschaftsbereich übernehmen dürfen, für den sie als Politiker zuständig waren	65,3%	49,1%	45,0%

Der Anteil derjenigen, die bestimmte transparenzfördernde Maßnahmen „ganz und gar befürwortet“, steigt, wenn das Vertrauen abnimmt. Am populärsten ist die Forderung nach Offenlegung aller Einkommensquellen der Politiker. Fordern dies „nur“ 62 Prozent der Befragten mit Nachdruck, die Vertrauen in die Bundesregierung haben, so steigt dieser Anteil auf etwas über 80 Prozent bei denjenigen, die der Bundesregierung kein Vertrauen entgegenbringen. In ähnlicher Weise verhalten sich die Zahlen bezüglich der beiden anderen transparenzfördernden Maßnahmen. Der Anteil steigt zwischen den Gruppen mit Vertrauen und ohne Vertrauen zur Bundesregierung jeweils um ungefähr 20 Prozentpunkte an, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Da, wie schon des öfteren erwähnt, der überwiegende Teil der Bevölkerung kein Vertrauen in die Bundesregierung hat, heißt dies nichts anderes, als dass von einem überwältigenden Anteil der Bevölkerung transparenzfördernde Maßnahmen befürwortet werden.

Abbildung 5a: Transparenzschaffende Maßnahme: Offenlegung der Einkommensquellen

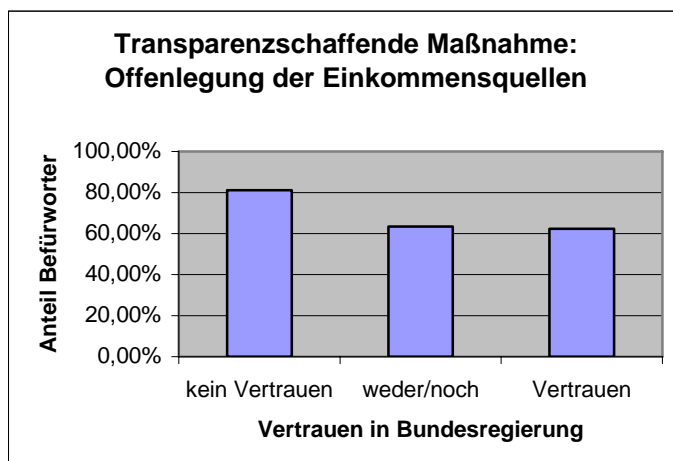


Abbildung 5b: Transparenzschaffende Maßnahme: Offene Abstimmungen der Einkommensquellen

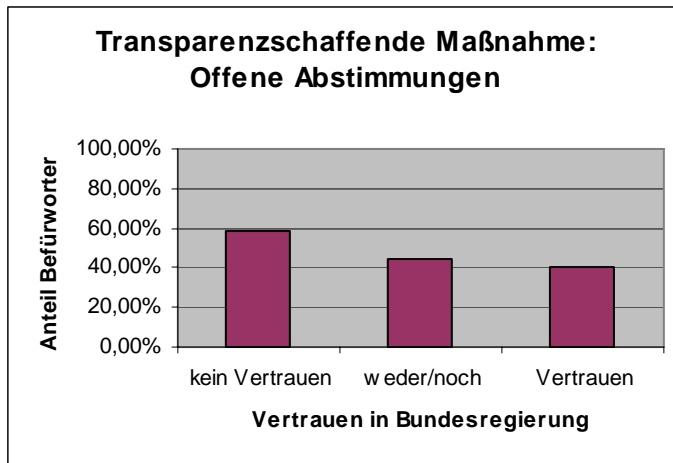
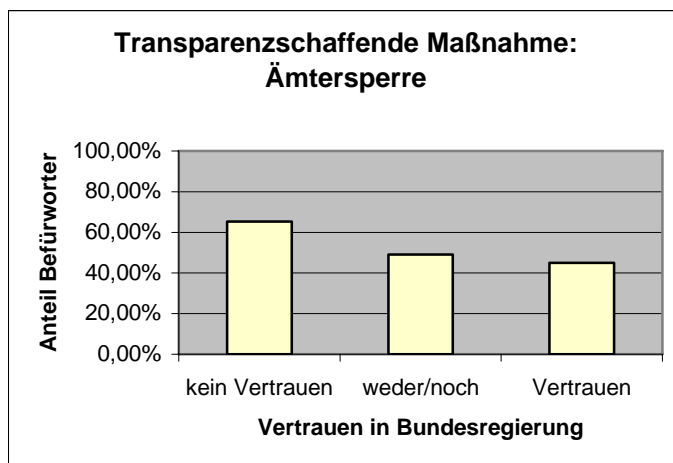


Abbildung 5c: Transparenzschaffende Maßnahme: Ämtersperre



Darüber hinaus gibt es ebenfalls auffällige Zusammenhänge mit der Forderung nach transparenzfördernden Maßnahmen und spezifischen wahrgenommenen Defiziten bei bestimmten Werten. Überraschenderweise kommt hierbei zutage, dass für die beiden Transparenzmaßnahmen „Offenlegung der Einkommensquellen“ und „Ämtersperre“ der stärkste Zusammenhang mit den beiden Werten „Verantwortung für das eigene Handeln“ und „Respekt vor anderen“ besteht, während der Wert der „Ehrlichkeit“ eine nicht übermäßig wichtige Rolle spielt. Die Forderung nach Transparenz und nach Kontrolle lassen sich also am besten dadurch erklären, dass die Politiker zu wenig Verantwortung für ihre eigenen Handlungen übernehmen und zu wenig Respekt vor anderen haben. Man könnte es vielleicht zugespitzt auch so formulieren: Transparenzfördernde Maßnahmen werden von der Bevölkerung vor allem als Reaktion auf die empfundene „Arroganz der Macht“ befürwortet, die sich wiederum vor allem in den zwei Aspekten ausdrückt, dass sich Politiker einerseits oft aus der Verantwortung stehlen, andererseits kaum noch die Situation der ihnen anvertrauten Bürger kennen, sondern von diesen abgehoben agieren. (Für diese Interpretation spricht auch, dass es einen starken Zusammenhang zwischen dem Wert „Respekt vor

anderen“ gibt und der in der Umfrage ebenfalls abgefragten Ansicht „Die meisten Politiker interessieren sich wirklich für die Probleme der einfachen Leute“.) Die andere Transparenzmaßnahme der Offenheit von Abstimmungen schlägt etwas aus der Reihe. Hier lassen sich die stärksten Zusammenhänge neben „Verantwortung für das eigene Handeln“ mit den Werten „Anstand“ und „Courage“ finden. D.h. je weniger wichtig die Werte aus der Sicht der Befragten für die Politiker sind, desto eher befürworten sie offene Abstimmungen. Hier ist es nicht unplausibel zu vermuten, dass es sich dabei vor allem um Effekte handelt, die sich durch die gescheiterte Wahl von Heide Simonis zur Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein erklären lassen.

**Kontakt:**

Prof. Dr. Joachim Behnke  
Lehrstuhl für Politikwissenschaft I  
Universität Bamberg  
Feldkirchenstr.21  
96045 Bamberg  
Tel 0951 - 863 269 8  
Mobil 0179- 485 017 2  
Fax 0951 - 863 264 1  
[joachim.behnke@sowi.uni-bamberg.de](mailto:joachim.behnke@sowi.uni-bamberg.de)

Dr. Jesco Kreft  
Stiftung Wertevolle Zukunft  
  
Alte Rabenstraße 32  
20148 Hamburg  
Tel 040 – 244 299 60  
  
Fax 040 – 244 299 69  
[jesco.kreft@wertevolle-zukunft.de](mailto:jesco.kreft@wertevolle-zukunft.de)